Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe: ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 106 (2009)

Heft: 2

Artikel: Finger weg vom Sozialstaat!

Autor: Knöpfel, Carlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839916

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finger weg vom Sozialstaat!

Woher die Krise kommt, wohin sie führen könnte und was uns die soziale Sicherheit in dieser Zeit Wert sein muss, sagt Caritas-Ökonom Carlo Knöpfel im Kommentar. Auf dem Spiel stehe nicht weniger als der soziale Frieden.



Carlo Knöpfel Leiter Bereich Grundlagen, Caritas Schweiz

Was für eine Krise haben wir eigentlich? Eine globale Finanzmarktkrise, die massive realwirtschaftliche Auswirkungen hat? Eine normale konjunkturelle Entwicklung, die nach einer langen Zeit des wirtschaftlichen Wachstums am Ende des Zyklus in einen Abschwung und in eine Rezession führt? Wir haben beides! Was wir in der Schweiz aber sicher nicht haben, ist eine strukturelle Krise. Der Wirtschaftsstandort Schweiz und die hiesigen Unternehmen weisen sich durch eine sehr hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit aus.

ABHÄNGIGKEIT DER SCHWEIZ

Fakt ist aber, dass sich für die Schweizer Wirtschaft das Ende des Konjunkturzyklus bereits im Frühjahr 2008 abzeichnete. Fakt ist auch, dass die Turbulenzen an den Kapitalmärkten zu einem weltweit synchron verlaufenden wirtschaftlichen Einbruch geführt haben. In dieser Kombination liegt die grosse Gefahr für die Schweizer Wirtschaft: Die intensive globale Verflechtung der Unternehmen macht sie von der weltweiten Entwicklung der Märkte in hohem Masse abhängig. Mit Konjunkturprogrammen kann höchsten etwas Zeit «eingekauft» werden, den Aufschwung wird man nicht herbeiführen können.

KAUM INTEGRATIONSCHANCEN

Was heisst das für das System der sozialen Sicherung? Die primäre Quelle sozialer Sicherheit ist der Arbeitsmarkt. Hier stechen die rasch wachsenden Arbeitslosenzahlen ins Auge. Diese wären noch höher, wenn nicht mit einer massiven Ausdehnung der Kurzarbeit ein Puffer eingebaut wäre, der vorläufig noch dämpfend auf die Zahl der Stellensuchenden einwirkt. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt bedeutet aber nicht nur eine steigende Zahl von Menschen, die ihre Stelle verlieren, sondern führt auch zu wachsenden Schwierigkeiten, eine neue Stelle zu finden. Entsprechend werden die Bemühungen zur beruflichen Integration bei der Invalidenversicherung und der Sozialhilfe kaum mehr grosse Erfolge zeitigen. Es ist darum zu erwarten, dass die Fallzahlen auch bei der Sozialhilfe deutlich ansteigen werden. Blickt man auf die Entwicklung in den Neunzigerjahren zurück, muss in den nächsten zwei Jahren mit einem Anstieg um weit mehr als fünfzig Prozent gerechnet werden.

MEHR WORKING POOR UND ARME

Die sekundäre Quelle sozialer Sicherheit ist die Familie. Die Familienhaushalte werden grosse Mühe haben, die realen verfügbaren Einkommen zu halten. Wenige Mög-

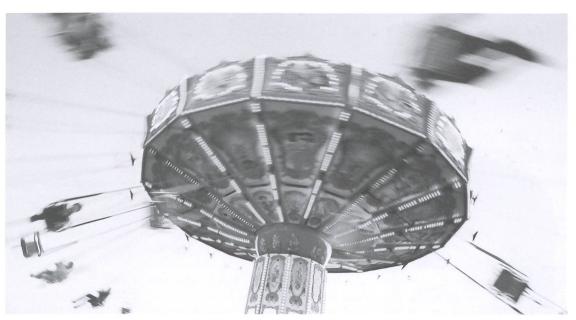
lichkeiten haben Familienhaushalte im Bereich der Beschäftigung. Die Erwerbsquote der Frauen ist schon sehr hoch, und einer weiteren Ausdehnung sind neben der Situation auf dem Arbeitsmarkt auch manche strukturelle Grenzen gesetzt. Noch immer fehlen günstige Krippenplätze in genügender Zahl, vor allem in ländlichen Regionen. Darum muss mit sinkenden frei verfügbaren Haushaltseinkommen gerechnet werden. Zu stagnierenden Erwerbseinkommen werden mehr Abgaben für die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung und die zweite Säule der Altersvorsorge und ein kleiner Anstieg der Mehrwertsteuer für die Invalidenversicherung kommen. Auch höhere Gebühren für staatliche Dienstleistungen sind nicht auszuschliessen. Mehr und mehr Haushalte werden in die Zone der Prekarität nahe der Armutsgrenze rutschen und die Zahl der Working Poor und der armutsbetroffenen Haushalte ohne Erwerbseinkommen wird steigen.

SOZIALSTAAT ALS STABILISATOR

Die dritte Quelle der sozialen Sicherheit ist schliesslich der Sozialstaat. Die wirtschaftliche Krise provoziert enorme soziale Kosten. Der schweizerische Sozialstaat ist gefordert. Und er ist finanziell nicht gut aufgestellt. Die Arbeitslosenversicherung schreibt rote Zahlen, aber sie waren nicht rot genug, um frühzeitig die Revision in die Hand zu nehmen. Jetzt ist das Geschäft zur Unzeit in den parlamentarischen Bearbeitungsprozess geraten. Die Invalidenversicherung schreibt schon viel länger rote Zahlen, aber die finanzielle Sanierung wird hinausgezögert, und als Pfand für weitere Leistungseinschränkungen missbraucht. In der Sozialhilfe werden schon in diesem Jahr Nachtragskredite fällig werden. In dieser Situation ist eine von Monat zu Monat grösser werdende Zahl von Menschen auf die Unterstützung und Hilfe durch den Sozialstaat angewiesen. Der Sozialstaat muss - wie die Wirtschaftswissenschaften dies benennen - seine Rolle als automatischer Stabilisator spielen.

DER SOZIALE FRIEDEN IST NICHT GRATIS ZU HABEN

Einschnitte beim Sozialstaat kommen in dieser Situation nicht infrage. Der Sozialstaat ist für die Schweiz mindestens so systemrelevant wie einzelne Akteure auf den Finanzmärkten. Diese Systemrelevanz ist klar benennbar. Der Sozialstaat ist da, um Menschen, die durch die ersten beiden Quellen sozialer Sicherheit nicht mehr genährt werden, ihre Existenz zu sichern. Der Sozialstaat ist da, um in dieser schwierigen Situation den sozialen Frieden zu erhalten und der wachsenden Ungleichheit



Es könnte zu einem eigentlichen «Karussell-Effekt» kommen: Jede Person, die eine Stelle findet, verdrängt eine andere in die Erwerbslosigkeit.

etwas entgegenzustellen. Der Sozialstaat ist da, um die Qualität der Arbeitskräfte zu fördern und zu erhalten und so einen Beitrag an die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz und der hiesigen Unternehmen zu leisten. Das alles ist nicht gratis zu haben.

SOZIALHILFE WIRD MASSIV BELASTET

Trotzdem muss die Frage aufgeworfen werden, was der Sozialstaat über die materielle Absicherung der von der Wirtschaftskrise Betroffenen hinaus tun soll und was nicht. Das erste Ziel muss die materielle Existenzsicherung sein. Eine Einschränkung der Leistungen bei der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe kommt nicht infrage. Die Stossrichtung, wie die Arbeitslosenversicherung revidiert werden soll, muss hinterfragt werden. Das beginnt bei der Grundannahme, dass in Zukunft die durchschnittliche Arbeitslosenzahl über einen Konjunkturzyklus hinweg 125 000 betragen soll. Schon der nun abrupt zu Ende gegangene Konjunkturzyklus erreicht dieses Niveau, und einiges spricht dafür, dass wir es mit einer steigenden Tendenz der Sockelarbeitslosigkeit zu tun haben, die auch die durchschnittliche Arbeitslosenzahl in die Höhe treibt. Es geht weiter mit dem engeren Bezug zwischen Beitragszeit und Bezugsdauer der Taggelder. Diese Krise wird zeigen, dass diese Regelung zu einer massiven Belastung der Sozialhilfe führen würde. In der Sozialhilfe ist zu befürchten, dass die sinkenden Einnahmen der Kantone und Gemeinden bei den Steuern bei gleichzeitigem Anstieg der Fallzahlen Diskussionen über die Höhe der SKOS-Richtlinien provozieren werden, wie dies in den vergangenen Jahr-

LITERATUR

*Knöpfel, Carlo: Eine Erwerbsausfallversicherung für die Schweiz. Nachdenken über den Sozialstaat und eine radikale Idee zur Diskussion. In: Sozialhilfe Basel (Hrsg.): Jahrbuch 2008, Basel. S. 5–13.

zehnten immer wieder der Fall war. Aus Sicht der armutsbetroffenen Menschen ist zu wünschen, dass wir uns diese Debatte für einmal schenken.

SOZIALFIRMEN SIND GEFRAGT

Das zweite Ziel muss der Erhalt und die Förderung der «Employability» sein. Die Kurzarbeit sollte darum mit einer Bildungsoffensive verknüpft werden. Die freie Zeit kann genutzt werden, um sprachliche Defizite zu beheben, neue technische Fertigkeiten zu vermitteln und andere berufliche Wissenslücken zu schliessen. Mit solchen Massnahmen kann auch die Gefahr abgewendet werden, dass Erwerbstätige, die auf Kurzarbeit gesetzt werden, in die Schwarzarbeit abgleiten. Auch bei Arbeitslosigkeit ist zu prüfen, wie weit eine rasche Reintegration in den Arbeitsmarkt sinnvoll oder ob nicht vielmehr auch hier nachholende Bildung angesagt ist. Dies gilt ganz besonders für die Sozialhilfe, wo der Druck zur beruflichen Integration oft zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, zu einem eigentlichen «Karussell-Effekt» führt. Das heisst, jede Person, die eine Stelle findet, verdrängt eine andere in die Erwerbslosigkeit. Jetzt braucht es wieder Sozialfirmen im zweiten Arbeitsmarkt, die für die Beschäftigung und den Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit besorgt sind.

OHNE SOZIALSTAAT KEIN FLEXIBLER ARBEITSMARKT

Das dritte Ziel muss ein grundsätzliches Überdenken des Systems sozialer Sicherheit sein. In diesen Tagen wird deutlich, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat als Ergänzung zum äusserst flexiblen Arbeitsmarkt ist. Aber es wird auch erkennbar, dass dieser Sozialstaat effizienter ausgestaltet werden könnte, ohne dass seine Leistungen für die hilfsbedürftigen Menschen eingeschränkt werden müssten. Der Vorschlag einer finalen und allgemeinen Erwerbsausfallversicherung* weist einen möglichen Weg dorthin.